

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 26. November 2019 / Mardi matin, 26 novembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

16 2019.BVE.6227 Kreditgeschäft GR

Thun, Seestrasse 66 / Marienstrasse 34, Gymnasium Thun, Sanierung und Erweiterung. Verpflichtungskredit für die Projektierungsarbeiten inkl. Ausschreibung

16 2019.BVE.6227 Affaire de crédit GC

Thoune, Seestrasse 66 / Marienstrasse 34, Gymnase de Thoune, rénovation et agrandissement. Crédit d'engagement pour l'étude de projet, appel d'offres compris

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zum Geschäft Nummer 16, und die Ratsführung geht zurück an den Präsidenten.

Der Präsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Hannes Zaugg-Graf reprend la direction des délibérations.

Präsident. Bevor wir zu diesem Geschäft kommen, eine ganz kurze Mitteilung für alle, die schon leicht nervös werden wegen neuer Anträgen zum Voranschlag und zum Finanzplan: Das wird alles heute Nachmittag in den Sitzungszimmern verteilt werden.

Dann möchte ich gerade noch die Gelegenheit ergreifen und die Delegation vom Grossen Rat der Stadt Basel unter der Leitung des Grossratspräsidenten Heiner Fischer hier bei uns zu begrüßen. Sie sind heute bei uns zu Besuch. Wir werden nachher, über den Mittag, über gewisse Dinge sprechen wie die Redezeitbeschränkung, die sie interessiert hat, wie wir das handhaben, und werden am Nachmittag sinnigerweise noch nach Burgdorf gehen und dort zusammen einen Nachmittag lang gewisse Sachen anschauen. Herzlich willkommen, hier bei uns im Grossen Rat des Kantons Bern! Ich hoffe, Sie haben interessante Einblicke in *unsere* politische Tätigkeit. (*Applaus / Applaudissements*)

Dann kommen wir zum Traktandum 16, einem Kreditgeschäft. Dabei geht es um das Gymnasium Thun. Ich gebe das Wort ... Meldet sie noch jemand an? – Grossrätin Marianne Dumermuth. (*Unruhe / Agitation dans la salle*)

Antrag BaK (Dumermuth, Thun)

Zustimmung mit folgender Auflage: Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.

Proposition de la CIAT (Dumermuth, Thoune)

Approbation assortie de la charge suivante : Dans le cadre de l'étude de projet, les sources d'économies possibles et les économies réalisées doivent être présentées et développées en détail.

Antrag SVP (Knutti, Weissenburg)

Zustimmung mit folgender Auflage: Das Projekt ist nach Möglichkeit mit Schweizer Holz zu realisieren.

Proposition de l'UDC (Knutti, Weissenburg)

Approbation assortie de la charge suivante : Dans la mesure du possible, le projet sera réalisé avec du bois suisse.

Marianne Dumermuth, Thun (SP), Kommissionssprecherin der BaK. Es geht hier um einen Verpflichtungskredit von 10,5 Mio. Franken für Projektierungsarbeiten und bauliche Massnahmen für die Erweiterung und Instandsetzung des Gymnasiums Thun, inklusive Baubewilligungsverfahren und Ausschreibung. Die Schulanlage Schadau wird voraussichtlich im Jahr 2026 fertig sein, und der

Standort Seefeld soll dann abgegeben werden. Ich habe am 9. Oktober eine Besichtigung vor Ort gemacht. Was ist eigentlich der Auslöser, der Hauptauslöser für dieses Projekt? – Bei der vorletzten Angebots- und Strukturüberprüfung, ASP 14, fusionierte man die Gymnasien Thun, Schadau sowie Seefeld zum «Gymnasium Thun». Administrativ ist dies also erfolgt. Jetzt geht es noch darum, dies physisch zu machen. Dies soll am Standort Schadau geschehen; im Seefeld geht es hauptsächlich aus baurechtlichen Gründen und aus Platzgründen nicht. Die Ausbaumöglichkeiten und die Sanierung ergäben auch wirtschaftlich gar keinen Sinn. Diese Standortfrage ist schon überhaupt nicht mehr umstritten. Also, einerseits muss der Standort Seefeld ersetzt werden. Zusätzlich braucht es aber, aus demografischen Gründen, am Standort Schadau auch etwas mehr Platz. Geplant sind zwei Erweiterungen: eine Erweiterung Nord und eine Erweiterung Ost des Schultrakts, und viele Unterhaltsmassnahmen am bestehenden Hauptgebäude. Für einen autonomen Sportunterricht braucht es noch eine neue Doppelsporthalle neben der jetzigen Turnhalle. In dieser Turnhalle hat es dann noch zusätzliche Räume, Schulräume für das Gestalten, weil man diese wegen der Ausnützungsziffer (AZ) oder der bestehenden Überbauungsordnung (ÜO), die das nicht zulässt, nicht in die Neubauten hineinnehmen kann. Aber das ist eine gute Lösung. Für die Erweiterungsbauten braucht es keinen neuen Architekturwettbewerb mehr. Mit dem Siegerbüro von 2006 kann man jetzt diese Projektierungsarbeiten direkt angehen. Der Gemeinderat von Thun hatte die ÜO für die Neubauten denn auch im Jahr 2015 genehmigt. Für die Turnhalle braucht es noch einen Wettbewerb. Dieser ergibt auch Sinn, weil man jetzt an dem Ort, wo sie vorgesehen ist, eine optimale städtebauliche Lösung finden muss. Der Kredit für diesen Wettbewerb ist in der Kompetenz des Regierungsrates. 2018 machte man eine Machbarkeitsstudie, um den Flächenbedarf in den bestehenden Bauten und Neubauten genau festzulegen. Diese zeigte auch, dass es in den bestehenden Bauten einen ganz hohen Sanierungsbedarf gibt, von dem man zuvor so nicht wusste. Es ist wirtschaftlicher, diese Sanierung jetzt gleich zusammen mit den Neubauten zu machen. Soweit einmal zum Projekt. Aus all diesen Überlegungen gibt es eigentlich keine Alternative, die Sinn ergäbe. Im «Thuner Tagblatt» hiess es letzten Samstag, dass dieses Geschäft sehr wichtig für die Thuner Schullandschaft sei. Das ist auch wirklich unbestritten. Es ist aber auch ein bedeutendes Projekt für die kantonale Schullandschaft. Darum ist es zwingend, diesem Projektionskredit zuzustimmen, und die BaK empfiehlt Ihnen dies auch einstimmig.

Jetzt möchte ich aber noch ein paar Überlegungen zu den Kosten und zum Mitbericht der FiKo machen. Denn die FiKo hat explizit gewünscht, dass man ihren Mitbericht hier erwähnt. Die FiKo ist der Meinung, dass es bis zum Vorliegen der Ergebnisse aus diesem Dialog, den vorhin auch der Regierungsrat Neuhaus angesprochen hat, noch keine Arbeiten stoppen soll. Wir sind sehr froh seitens der BaK, dass jetzt diese Doktrin gilt und man – nicht wie beim Gymnasium Hofwil oder beim Strassenverkehrsamt – eben diesen Stopp macht. Zu den Kosten: Wir haben hier auch eine Kostensteigerung von der ersten Nennung von 72 Mio. Franken auf heute geschätzt 93 Mio. Franken. Diese Differenz ist sicher unschön, aber das ist einfach Teil dieses Prozesses, weil man erst jetzt weiss, dass ein grosser Sanierungsbedarf da ist. Wir haben in der BaK natürlich auch die Frage nach diesen Kosten und Einsparungsmöglichkeiten gestellt. Man hat uns gesagt, dies sei jetzt ein wesentlicher Punkt in den Projektierungsarbeiten. Etwas scheint mir wichtig, und das habe ich erst bei dieser Begehung, die ich hatte, gelernt: Eigentlich ist es zentral in einem Schulhaus, wie viele Lektionen man an einem Tag durchführen kann. Bis jetzt konnte man nur 10 durchführen, weil die Schülerinnen und Schüler dauernd hin und her mussten. In Zukunft werden 11 möglich sein, und das ist doch ein ganz grosses Einsparungspotenzial.

Aus dem Mitbericht der FiKo resultierte auch konkret der Abänderungsantrag 1, den wir schon vorhin besprochen haben. Die BaK stimmt diesem einstimmig zu. Es gibt so einen politischen Auftrag für die Stossrichtung, die man bei der Projektierung beachten muss. In der BaK hat man aber auch gesagt, dass es nicht auf Kosten der Qualität gehen darf.

Noch zum zweiten Abänderungsantrag: Über diesen haben wir ja vorher auch schon gesprochen. Die BaK nimmt diesen mehrheitlich an. Die BaK hat auch diskutiert, dass es Konflikte gibt mit dem öffentlichen Beschaffungsrecht. In Thun ist es ja auch so, dass die beiden Neubauten nicht aus Holz entstehen können, weil der Wettbewerb gelaufen ist. Anders sieht es noch bei der Turnhalle aus. Aber es gibt auch noch den Innenausbau, und es steht ja auch nur «nach Möglichkeit».

Präsident. Ich gebe als Nächstes gerade noch dem Antragssteller Thomas Knutti das Wort.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Vielleicht noch eine kleine Korrektur: Herr Regierungsrat, ich habe eigentlich gemeint, dass man sechs- bis achtgeschossige Gebäude mit Holz bauen kann; ich

habe mich nicht auf dieses Projekt bezogen. Dies vielleicht noch als kleiner Hinweis; das ist mir nämlich schon klar.

Vielleicht zum anderen Antrag, geschätzte Anwesende. Ich ziele hier vor allem auf die Doppelsporthalle, bei der ich der Meinung bin, dass der Zeitpunkt jetzt der richtige wäre, dass man auch hier Holz, wirklich einfach Holz, einspeisen würde. Es ist natürlich so – da muss ich dem FDP-Sprecher einfach entgegenen –, es ist natürlich so: Entweder will man Holz, oder man will natürlich Beton. Ich habe da ein gewisses Verständnis für den Sprecher, aber es ist nicht in Stein gemeisselt, dass man einfach sagen kann, Holz sei in jedem Fall teurer. Das stimmt einfach so nicht. Es kann sein, dass Holz grundsätzlich auch absolut wettbewerbsfähig ist, beim Preis.

Im Vortrag steht hier auch, es werde Nachhaltigkeit und Energieeffizienz verlangt. Dieses Projekt muss betrieblich überzeugen. Und Holz finde ich hier leider nicht. Ich habe es vorher schon gesagt: Ich ziele vor allem auf diese Doppelsporthalle. Ich habe noch kurz ein paar Vergleiche herbeigezogen. In Sargans hat man zum Beispiel im Jahr 2012 eine Vierfachsporthalle gebaut. Dort wurden 1250 Kubikmeter Holz verbaut. Es wäre doch auch eine gute Chance, dass man das auch im Kanton Bern prüft. Vorteile des Holzes wurden dort genannt: die nahe geografische Lage. Also, das ist ein ganz wichtiger Vorteil. Unser Holz wächst ja praktisch nebenan, und so kann man Schweizer Holz gut brauchen. Was auch schon genannt wurde, habe ich vorhin auch schon gesagt: Wir haben eine Minimierung des CO₂-Ausstosses, aber wir haben ja auch gerade das Sportzentrum Gstaad umgebaut. Dort wurde sehr viel Holz verbaut, 1200 Kubikmeter, mehrheitlich Schweizer Holz. Also: Es ist möglich, und deshalb kann man nicht erzählen, mit Holz schaffe man einfach Probleme. In Matzendorf, Kanton Solothurn, wurde ebenfalls eine Halle gebaut mit 227 Kubikmetern Holz, mit einer 17 Meter langen Dachkonstruktion. Also: Wir haben heute diese Möglichkeiten, und deshalb bitte ich Sie auch bei diesem Antrag, dass wir hier Holz einzuflechten versuchen. Unterstützen Sie das!

Präsident. Wir haben auch hier wieder die gemeinsame Beratung von Kredit und Anträgen. Ich gebe als Nächstes für die SVP Hans Jörg Rüeegsegger das Wort. Herr Rüeegsegger, Sie haben das Wort.

Hans Jörg Rüeegsegger, Riggisberg (SVP). Die SVP-Fraktion hat beraten und ist sehr schnell schlüssig geworden, dass für die Sanierung und die Erweiterung der Verpflichtungskredit für die Projektierungsarbeiten inklusive der Ausschreibung einstimmig unterstützt wird. Den BaK-Antrag Dumermuth unterstützen wir auch und ebenfalls den SVP-Abänderungsantrag Knutti. Man hat jetzt schon viel gehört über das Holz. Leider Gottes stellen wir in der BaK und auch sonst draussen in den Gemeinden relativ stark fest, dass man nicht von vornherein, von Beginn der Planung an, immer Holz miteinbezieht. Somit hat man schon einen Nachteil, wenn es nachträglich hineinkommt. Von unserer Seite her wäre es wünschenswert, wenn beim Kanton, beim AGG, der Planungsbehörde, von Anfang an Schweizer Holz miteinbezogen würde.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Ich danke vorab der Referentin Marianne Dumermuth, die dieses Geschäft sehr gut vorgestellt hat. Was wir eigentlich hier diskutieren, ist die Folge einer Sparmassnahme. Diese Standortkonzentration der Gymnasien, zu dieser kam es im ASP 14. Es ist also eigentlich eine Sparmassnahme, bei der man sagte, man könne das zusammenlegen und spare damit etwas ein. Jetzt ist es einfach so, dass es betrieblich schwierig ist, wenn man zwei Standorte hat, die sich zudem nicht gerade nebeneinander befinden – das hat auch Marianne Dumermuth erwähnt –, sodass man diese Räumlichkeit eigentlich gar nicht optimal ausnutzen und eben mit einer Zusammenlegung dieser Räumlichkeiten an einem Standort mehr Lektionen pro Tag machen kann. Aus Thuner Sicht ist es auch wichtig, dass wir in dieser ganzen Diskussion um die Investition auch schauen, dass die Sanierungen nicht unter die Räder kommen. Es ist immer gefährlich. Denn die Sanierungen könnten unter die Räder kommen, weil das, was man neu bauen kann irgendwo attraktiver ist, und man dies macht. Aus unserer Sicht ist ganz wichtig, dass wir das nicht machen. Wir stimmen dem Kredit einstimmig zu sowie dem Antrag der BaK. In Bezug auf den Antrag wegen dem Holz ist mir durch den Kopf gegangen, als der Antragsteller von «in Stein gemeisselt» gesprochen hat. Da dies so hartnäckig ist, wie hier das Holz gefordert wird, kann man schon fast von «in Holz gemeisselt» sprechen, aber wie schon beim vorherigen Antrag werden wir das mehrheitlich unterstützen.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Es ist der logische Schluss aus den ASP-Massnahmen, die wir getroffen haben, dass man jetzt diese beiden Gymnasien auch physisch zusammenlegt. Und da braucht es halt Bauten. Die BDP-Fraktion sieht das und unterstützt den Planungskredit. Etwas zu

reden gegeben haben diese Kostensteigerungen, wie man schon angetönt hat, die einfach immer wieder vorkommen, bei denen wir nicht wissen, wie wir das Problem eigentlich richtig in den Griff bekommen, damit wir nicht zuletzt von 52 Mio. Franken eben um 20 Mio. Franken weiter oben landen, von 72 Mio. Franken auf 93 Mio. landen. Das ist aber ein Thema, das man sonst einmal anschauen muss. Die zwei Anträge, analog der vorherigen Vorlage, unterstützen wir.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Wir haben es hier wieder wie beim vorherigen Geschäft mit einem Bauprojekt zu tun mit einem bildungspolitischen Hintergrund. Wir haben uns zum vorherigen Geschäft ja sehr kritisch geäußert und es abgelehnt. Diesem Geschäft werden wir einstimmig zustimmen.

Aber die glp wäre nicht die glp, wenn sie nicht doch auch gewisse kritische Untertöne äussern würde. Und das würde ich gerne hier an dieser Stelle machen. Wir müssen uns letztlich auch bewusst sein ... Also, das Projekt macht aus unserer Sicht Sinn, aber die Grundlage dieses Projekts ist die sogenannte Schulraumstrategie 2030. Auf der Basis dieser Schulraumstrategie 2030 werden der Platzbedarf eruiert und auch die Schülerzahlen prognostiziert, von denen man ausgeht, damit man eben ein solches Projekt rechtfertigt, das summa summarum letztlich auch 100 Mio. Franken kosten wird. Diese Schulraumstrategie ist ein Arbeitspapier, das von der ERZ verabschiedet wurde. Ohne dass wir irgendwie Grund hätten, an der Qualität zu zweifeln: Wir sind trotzdem der Meinung, dass ein so wichtiges Grundlagenpapier, das so viele Investitionen nach sich ziehen wird, zumindest auf Stufe Regierungsrat verabschiedet werden soll. Wir haben es letztlich hier nicht mit dem letzten Kredit zu tun, der Schulprojekte und insbesondere auch Gymnasien betrifft. In diesem Sinne möchten wir das an dieser Stelle gerne auch Regierungsrat Neuhaus weitergeben, damit er diese Schulraumstrategie 2030 auch als Baudirektor zumindest zur Kenntnis nehmen und kritisch würdigen darf. Aber wie ich gesagt habe: In dieser Sache werden wir einstimmig dafür sein.

Zu den Anträgen: Den Antrag der BaK werden wir auch einstimmig annehmen. Antrag Knutti: Aus Sicht Beschaffungsrecht sind wir skeptisch, und das überwiegt bei uns. Entsprechend werden wir auch hier ablehnen. (*Unruhe / Agitation dans la salle*)

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Wir gehen jetzt in unserem Marathon von Kreditbewilligungen vom Gymnasium Burgdorf nach Thun. Das Bildungsprojekt war für die EVP-Fraktion ebenfalls unbestritten. Wir machen entgegen unserem Vorredner nicht eine Differenzierung bei diesen beiden Gymnasien. Wir werden dem Kredit von 10,5 Mio. Franken einstimmig zustimmen. Auch zu diesem Geschäft gibt es einen grossrätlichen Entscheid als Auslöser, nämlich die ASP 14; wir haben es schon gehört. Damals wurde beschlossen, die Gymnasien in Thun zusammenzulegen, Schadau und Seefeld.

Zu den Abänderungsanträgen: Ich habe schon beim vorangehenden Geschäft gesagt, dass die Forderung der BaK eigentlich im Zusammenhang mit einer gewissen Verunsicherung des Rates zu verstehen ist, nämlich bezüglich einer wachsenden Kostenentwicklung bei fast jedem dieser Bauprojekte. Auch die FiKo hat dies, glaube ich, so mit einer Matrix aufgezeigt. Die Forderung steht aber auch im Zusammenhang mit dieser oft isolierten Baukostenangabe in unseren Vorträgen der Regierung – so eine Gesamtkostenangabe als schwer zu beurteilende Zahl, die einfach so im Raum hängt. Das haben wir ja auch in unseren Diskussionen in der Fraktion festgestellt. Wir sehen einfach nur diese Zahl, sehen die Gesamtsumme, können diese Sparanstrengungen und vor allem Sparerfolge, wie sie eben die Regierung ausführt, nicht sehen. Hier besteht aus meiner Sicht Handlungsbedarf in der Informationspolitik der BVE gegenüber dem Rat. Das ist eigentlich der Hintergrund dieser BaK-Abänderungsanträge. Darum macht die Forderung Sinn: Diese Planungsprozesse sind die Summe von zahlreichen – Sie müssen sich vorstellen, an ganz vielen Orten: von zahlreichen – Einzelentscheiden mit entsprechender Kostenrelevanz. Die BVE als Bauherrschaft könnte eben die üblichen im Planungsprozess überprüften Einsparungen und Optimierungen einfach auch chronologisch festhalten, einfach festhalten und transparent kommunizieren.

Zum Antrag von Kollege Knutti, SVP: Die EVP-Fraktion unterstützt sowohl die Forderung nach Holz als CO₂-neutralem Baustoff als auch die Verwendung von Schweizer Bauholz in erster Priorität. Die Forderung nach einer Bauweise in Holz gehört aber aus meiner Sicht schon zwingend in das Wettbewerbsprogramm, und das ist noch ein wichtiger Punkt. Insofern kämen jetzt die Auflagen in diesem Geschäft noch zum richtigen Zeitpunkt, wenn ich Marianne Dumermuth anschau; ich glaube, der Wettbewerb ist noch nicht lanciert. Beim Bildungscampus Burgdorf ist aber bereits ein Wettbewerb im Gang. Die Auflage, mit Holz zu bauen oder zu konstruieren, ist eine wichtige Prämisse für die teilnehmenden Planenden. Oder anders gesagt: Es ist nicht sinnvoll, ein prämiertes und zur

Weiterbearbeitung empfohlenes Wettbewerbssiegerprojekt am Schluss nachher einfach auf ein Holzbauprojekt umzurüsten oder umzubauen. Jede Studentin und jeder Student im Architekturstudium lernt schon in den ersten Semestern, dass jedes Material eine spezifische Eigenschaft aufweist und entsprechend auch in der Planung, in den Entwurfsstrukturen berücksichtigt werden muss.

Falls sich jetzt die Regierung oder andere Fraktionen – man hat es schon ein wenig gehört – hinter beschaffungsrechtlichen Bedenken verstecken – das hören wir immer wieder zum Thema Holz –, erwähne ich nicht zum ersten Mal hier an diesem Rednerpult, dass benachbarte Bundesländer in Deutschland und Österreich schon seit Jahren ihre öffentlichen Bauten mit eigenem oder regionalem Holz erstellen und bauen. Das ist nichts Neues. Dies sind alles Mitglieder der EU, und sie werden sich bestimmt gerade kompatibel mit den WTO-Richtlinien verhalten müssen. Vielleicht würde sich ja eine Exkursion dorthin als beschaffungsrechtliche Weiterbildung der BVE mal lohnen.

Präsident. Wenig überraschend, als Einzelsprecher, der Stadtpräsident von Thun, Raphael Lanz.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um einen Wunsch zu deponieren. Um dies zu tun, muss ich kurz ausholen. Es wurde schon gesagt, der Grund für diesen Kredit, den wir hier sprechen sollen, liege ja im Jahr 2014, als die sogenannte ASP verabschiedet wurde. Dann war ja die Fusion zwischen diesen beiden Gymnasien in Thun nicht unbestritten, aber man rechtfertigte sie mit Fusionsgewinnen. Aber diese Fusionsgewinne gibt es eben nur, wenn wir jetzt nach A auch B sagen und diesen Zusammenschluss jetzt auch effektiv machen können. Wir haben bereits verschiedene Verzögerungen gehabt, und die aktuelle Situation – die Kommissionssprecherin hat es gesagt – ist sowohl für Lehrpersonen als auch für Schülerinnen und Schüler nicht ideal, weil sie nämlich zwischen Standorten hin und her wechseln müssen, weil man bei der Stundenplan-Planung diese beiden Standorte berücksichtigen muss. Wir könnten viel effizienter sein mit *einem* Standort. Und damit verbinde ich einen Wunsch. Ich habe es gesagt: Wir befanden uns im Jahr 2014, jetzt sind wir bei der Projektierung im Jahr 2019. Unser Wunsch ist es, dass wir hier jetzt etwas vorwärts machen könnten. Als Stadt Thun möchten wir hier sicher auch das beitragen, was wir beitragen können, beitragen, damit wir hier zusammen mit dem Kanton für unseren Bildungsstandort Kanton Bern etwas Gutes machen können. Ich bitte Sie, diesem Kredit zuzustimmen.

Präsident. Ich habe keine weiteren Personen mehr auf der Rednerliste und gebe Regierungsrat Neuhaus, wenn er sich losreissen kann, gerne das Wort. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Ich möchte danken. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Präsident. Es reicht noch, dann kommen wir noch gerade zu den Abstimmungen. Wir kommen zuerst zum Antrag der BaK. Wer diesen Antrag annimmt, der stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.6227; Antrag BaK [Dumermuth, Thun])

Vote (2019.BVE.6227 ; proposition de la CIAT [Dumermuth, Thoune])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 124

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Antrag der BaK einstimmig angenommen, mit 124 Ja-Stimmen.

Wir kommen zum Antrag SVP Knutti. Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.6227; Antrag SVP [Knutti, Weissenburg])

Vote (2019.BVE.6227 ; proposition UDC [Knutti, Weissenburg])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 111

Nein / Non 6

Enthalten / Abstentions 7

Präsident. Auch dieser Antrag wurde angenommen, mit 111 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Jetzt stimmen wir noch über das Ganze ab, über den Kredit mit diesen zwei angenommenen Anträgen. Wer diesen Kredit annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.6227; Annahme mit Auflagen BaK und SVP)

Vote (2019.BVE.6227 ; adoption avec charge de la CIAT et charge de l'UDC)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 129

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesen Kredit einstimmig angenommen, mit 129 Ja-Stimmen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit und sehr gute Fraktionssitzungen heute Nachmittag. Wir sehen uns morgen um 9.00 Uhr zu den Wahlen.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr. / Fin de la séance à 11 heures 45.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Sandra Achermann (de)

Sara Ferraro (fr)